

Vorlage Nr.: **2023/0760**  
 Verantwortlich: **Dez. 6**  
 Dienststelle: **StplA**

## Aktueller Sachstandsbericht des StplA zum Haushaltssicherungsprozess Teil 2

### Beratungsfolge dieser Vorlage

Gremium	Termin	TOP	ö	nö	Ergebnis
Bauausschuss	05.10.2023			X	

### Information (Kurzfassung)

Antrag an den Bauausschuss:

Der Bauausschuss nimmt die vorgeschlagenen Maßnahmen des Haushaltssicherungsprozesses Teil 2 zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>					
<input type="checkbox"/> Investition <input checked="" type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:		Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag: - 168.675 € Sachaufwendungen			
<b>Finanzierung</b> <input checked="" type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	<b>Gegenfinanzierung durch</b> <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates		Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.			
CO <sub>2</sub> -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung   Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)		Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/>	negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:			
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am			
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit			

## Ergänzende Erläuterungen

### Notwendigkeit der Haushaltssicherung Teil 2

Jeweils in Mio.€

<b>Mifri Finanzplanung DHH 22/23 für 2024</b>		<b>-102</b>
HHS Teil 1 (Maßnahmen)		56
Verbesserung zur Haushaltsbewirtschaftung (v.a. finanzielle Mehrerträge)		48
<b>Zwischensumme (nach Ergebnis HHS Teil 1)</b>		<b>2</b>
↓		
• Anstieg der Energie- und allgemeinen Verbraucherpreise, Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine		-25
• Auswirkung Beteiligungsergebnisse auf den städt. Haushalt (zusätzlich)		-40
<b>Zwischensumme (Voraussetzung für HHS Teil 2)</b>		<b>-63</b>
↓		
HHS Teil 2 (Maßnahmen)		31
Sonstiges (nach Verzinsung und Korrekturen)		-6
Verbesserung in der Haushaltsbewirtschaftung		38
<b>Ziel</b>		<b>0</b>

Die Stadt Karlsruhe hat im Rahmen des Gesamtkonzepts zur „Haushaltssicherung“ geeignete Maßnahmen entwickelt. In der Stufe 3 waren Maßnahmen aus der Mitte der Mitarbeiterschaft zu erarbeiten. Das Maßnahmenpaket für Teil 1 wurde in der Gemeinderatssitzung vom 20. Dezember 2022 (Vorlagennummer 2022/2120) vorgestellt. Das Paket umfasste ein Verbesserungspotential von **circa 60,83 Millionen Euro** im Haushaltsjahr 2024 und **circa 61,02 Millionen Euro** im Haushaltsjahr 2025. Aufgrund der bisherigen Gemeinderatsentscheidungen ist das Paket nunmehr auf eine Summe von 56,16 reduziert worden.

Mit dem Maßnahmenpaket Haushaltssicherung Teil 1 und den weiteren Verbesserungen entsprechend der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung hätte der Haushaltsausgleich in 2024 und 2025 erreicht werden können. Aufgrund der eingetretenen Entwicklungen auf dem Energiemarkt, der allgemeinen Preis- und Tarifsteigerungen und der höheren Verlustabdeckung der städtischen Beteiligungsgesellschaften kommen auf die Stadt Karlsruhe jedoch weitere Belastungen zu, die so in der ursprünglichen mittelfristigen Finanzplanung nicht vorgesehen waren. Die Verwaltung prognostizierte diese Mehrbelastung auf weitere rund 65 Millionen Euro pro Haushaltsjahr. Folglich wurde eine Erweiterung des Haushaltssicherungsprozesses um eine Haushaltssicherung Teil 2 (HHS Teil 2) notwendig. In der Haushaltssicherung Teil 2 sollten durch Maßnahmen der Dienststellen weitere 30 Millionen Euro im Ergebnishaushalt in 2024 und in 2025 eingespart werden. Die verbleibenden circa 35 Millionen Euro sollen durch einen konsequenten Haushaltsvollzug in den jeweiligen Haushaltsjahren erreicht werden.

Um die städtische Handlungsfähigkeit weiterhin gewährleisten zu können, haben die Fachdezernate und Fachämter daher bis Ende März 2023 die nachfolgenden Einsparvorschläge erarbeitet, die analog zu HHS Teil 1 im Haushaltsplanentwurf berücksichtigt wurden.

### 1. Nennung der reduzierten Budgets oder erzielten Mehrerträge

In der Finanzplanung sind beim Stadtplanungsamt (Teilhaushalt 6100) für 2024 folgende Budgets vorgesehen:

	Ursprünglicher Planansatz (Mifri) 2024	Ansatz nach HHS - Teil 1	Ansatz nach HHS – Teil 2
Personalbudget	6.167.780	6.007.180	6.007.180
Sachaufwandsbudget	2.004.665	1.834.665	1.665.990
Transferaufwandsbudget	1.115.353	1.115.353	1.115.353

### 2. Auflistung der plausibilisierten Maßnahmen mit den entsprechenden Summen

#### Zuständigkeit Verwaltung

Bereich/Amt	Maßnahme Name	Summe des Vorschlags (2024)	Erwartete Summe (2024)
Stadtplanungsamt	M1: Reduzierung des Sachkostenbudgets auf der Kostenstelle „Planung“	168.675	168.675
<b>Gesamt:</b>		168.675	168.675

Es handelt sich hier um eine Hilfskostenstelle, deren Budget über die Deckungsfähigkeit die kommenden Maßnahmen im Städtebau deckt. Die Priorisierung der Aufgaben / Mittelverwendung liegt bei der Bearbeitung von Sanierungsgebieten sowie der Bebauungsplanung.

### 3. Gibt es besondere strategische Ziele, die Sie sich in den nächsten Jahren vornehmen?

Es wird erwartet, dass sich die Ertragssituation im Teilhaushalt etwas positiv verändert, sobald die Ergebnisse aus der stadtweiten Überarbeitung und Anpassung der Stundensätze final vorliegen. Diese haben neben den Gebühren auch Auswirkungen auf die städtebaulichen Verträge im Zusammenhang mit den vorhabenbezogenen Bebauungsplänen. Eine Konkretisierung ist zum Zeitpunkt der Vorlagenerstellung aber noch nicht möglich.

#### **Beschluss:**

Antrag an den Fachausschuss:

Der Planungsausschuss nimmt die vorgeschlagenen Maßnahmen des Haushaltssicherungsprozesses Teil 2 zur Kenntnis und empfiehlt zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Stadt Karlsruhe die Umsetzung der Maßnahmen.